Kreisverwaltung Ahrweiler

Bitte alle Fragen beantworten. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Ist der Platz nicht ausreichend, bitte weitere Ausführungen auf einem Beiblatt notieren.
Minderjährige ab 16 Jahren müssen einen eigenen Antrag stellen.

Antrag auf Einbürgerung

Vermerk der Behörde: Antragseingang am:_____

nach § 8 / § 9 / §10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

Ich beantrage die Einbürgerung und mache dazu folgende Angaben:

1. Angaben zur Person

Familienname (eventuell Geburtsname)		
Vornamen		Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat		
Anschrift		
Postleitzahl	Wohnort	
Straße		Hausnummer
Telefon/E-Mail für eventuelle Rückfragen		

Familienstand

☐ ledig	verheiratet/verpartnert seit	verwitwet seit	geschieden seit	getrennt lebend seit
Ort der Eheschließung		frühere Ehe/ weitere Ehe		

1.1 Staatsangehörigkeit/en

Derzeitige Staatsangehörigkeit(en) 1.	2.	3.
nachgewiesen ☐ nein ☐ ja	durch (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	Verlustgrund	nachgewiesen durch

1.2 Aufenthaltsorte im Ausland und Inland (keine Besuchsaufenthalte)

Vom	bis zum	in (Ort/ Staat)

1.3 aktueller Aufenthaltstitel/ Status

☐ Niederlassungserlaubnis ☐ Aufenthaltserlaubnis gemäß § _____AufenthG

☐ EU-Bürger ☐ Aufenthaltskarte für Angehörige von EU-Bürgern/ Schweizer/in

☐ anderes Aufenthaltsrecht ☐ Besonderer Status z. B. Asylberechtigte/r, anerkannter Flüchtling

Tabellarischer Lebenslauf

Schule

Vom – bis zum / Schulart / Abschluss / Staat

Berufsausbildung

Vom – bis zum / Art, Abschluss / Staat

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeiten

Vom – bis zum / Art / Anschrift des Arbeitgebers

2. Angaben zu den Eltern (bitte immer ausfüllen)

Leibliche Eltern		Adoptiveltern		Adoption wirksam seit
☐ nein	☐ ja	☐ nein	☐ ja;	

Vater	**Mutter**
Familienname (eventuell Geburtsname)	Familienname (eventuell Geburtsname)
Vornamen	Vornamen
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit (derzeit)	Staatsangehörigkeit (derzeit)
Staatsangehörigkeit (früher)	Staatsangehörigkeit (früher)
(letzter) Wohnort, Kreis, Staat	(letzter) Wohnort, Kreis, Staat

Datum der Eheschließung	in (Ort, Kreis, Staat)

verstorben		am (Datum)	verstorben		am (Datum)
☐ nein	☐ ja		☐ nein	☐ ja	

Nur bei minderjährigen Antragstellern (unter 16 Jahre) auszufüllen:

Die Ehe der Eltern besteht noch	
☐ ja	Zustimmung des Elternteiles bzw. Vertretungsbefugnis liegt vor
☐ nein	Sorgerechtsnachweis beifügen, zum Beispiel Auszug aus dem Scheidungsurteil, Sterbeurkunde des anderen Elternteiles

3. Angaben zum Ehegatten

Familienname (eventuell Geburtsname)	
Vornamen	Geburtstag
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift (falls abweichend zum Antragsteller/in)	
Staatsangehörigkeit(en) ☐ deutsch / ☐	
Bei deutscher Staatsangehörigkeit bitte Nachweis (Reisepass, Personalausweis, Einbürgerungsurkunde,...) beifügen!	
derzeitiger aufenthaltsrechtlicher Status	
Nur bei ausländischer Staatsangehörigkeit Der Ehegatte ☐ hat ebenfalls einen Antrag auf Einbürgerung gestellt ☐ hat eine Ablehnung der Einbürgerung erhalten durch (Behörde) _____ am _____ ☐ beantragt keine Einbürgerung	

4. Wehrdienst

Wehrpflicht	☐	**ja**	☐	**nein,**	**Wehrpflicht erfüllt**	☐	**ja**	☐	**nein,**	**vom Wehrdienst befreit**	☐	**ja**	☐	**nein**

5. Angaben zu Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder; Kinder aus früheren Ehen; nicht in der Ehe geborene Kinder

1. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch / ☐	
Das Kind soll ☐ mit eingebürgert werden. ☐ nicht mit eingebürgert werden.	

2. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch / ☐	
Das Kind soll ☐ mit eingebürgert werden. ☐ nicht mit eingebürgert werden.	

3. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch / ☐	
Das Kind soll ☐ mit eingebürgert werden. ☐ nicht mit eingebürgert werden.	

6. Angaben über deutsche Sprachkenntnisse/ politische Kenntnisse

Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

z. B. durch Sprachzertifikat B 1, Schulabschluss oder abgeschlossene Ausbildung in Deutschland,…)

☐ ja, belegt durch
☐ nein, Gründe:
☐ ich bin über 65 Jahre alt und vom Nachweis befreit

7. Angaben über Straftaten

Straftaten ☐ nein ☐ ja;

Datum	Tatbestand	Strafmaß

Anhängige Ermittlungsverfahren ☐ nein ☐ ja;

Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtende Beweggrund festgestellt? nein ☐ ja ☐

8. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen (Lebensunterhalt)

Bruttoeinkünfte		EURO	Art der Einkünfte (zum Beispiel Arbeits-einkommen, Rente)
☐ **Antragsteller/in**	☐ monatlich ☐ jährlich		
☐ **Ehegatte**	☐ monatlich ☐ jährlich		
☐ **Eltern (nur bei Minderjährigen)**	☐ monatlich ☐ jährlich		

Arbeitnehmer/in ☐ unbefristetes Arbeitsverhältnis ☐ befristet bis	bei
☐ selbständig seit	Art des Gewerbes
Schüler/in, Auszubildende/r, Student/in ☐	wo
Sonstige andere Tätigkeit ☐	
Alterssicherung (z.B. ges. Rentenversicherung, private Lebensversicherung) ☐ nein ☐ ja (bitte geeignete Nachweise beifügen)	

Beziehen Sie Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) oder SGB II (Arbeitslosengeld II)?

☐ nein	☐ ja;	Höhe der monatlichen Sozialhilfe (EURO)
leistende Behörde		

Sind Sie anderen Personen zum Unterhalt verpflichtet (z.B Kinder, die nicht Ihrem Haushalt angehören)?

☐ nein	☐ ja;

Welchen Personen gegenüber sind Sie zum Unterhalt verpflichtet?	Höhe der Unterhaltszahlungen (EURO)

Bestehen Unterhaltsrückstände?		Höhe der Rückstände (EURO)
☐ nein	☐ ja;	

9. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Mir ist bekannt, dass die Einbürgerung grundsätzlich auch die Aufgabe oder den Verlust meiner bisherigen Staatsangehörigkeit erfordert und dass es Ausnahmen von diesem Grundsatz gibt, über die mich die Einbürgerungsbehörde bei Bedarf und auf mein Nachfragen hin berät.

☐ Ja, ich bin bereit für mich und meine miteinzubürgernden Kinder die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich die erforderlichen Schritte zu tun

☐ Die Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit ist nicht erforderlich, da ich Staatsangehörige/r eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Schweiz bin.

Nach derzeit gültigem Staatsangehörigkeitsgesetz werden Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der Schweiz generell eingebürgert, ohne dass es auf die Aufgabe oder Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit ankommt.
Es ist den deutschen Behörden jedoch nicht bekannt, ob Sie nach dem Heimatrecht Ihres Staates Ihre bisherige Staatsangehörigkeit durch Antragserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit automatisch verlieren. Wenn Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit auf jeden Fall beibehalten möchten, setzen Sie sich bitte vor Antragstellung mit der für Sie zuständigen Auslandsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung. Dort können Sie in Erfahrung bringen, ob Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verlieren bzw. ob es möglich ist, Schritte einzuleiten, um Ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten zu können (z. B. Beibehaltungsgenehmigung).

☐ Die Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit ist nicht möglich, da der Staat, dem ich angehöre, ein Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit nicht vorsieht bzw. die Entlassung regelmäßig verweigert.

☐ Die Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit ist nicht erforderlich, da ich die Rechtsstellung als Asylberechtigte/r oder ausländischer Flüchtling innehabe.

☐ Die Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit ist mir aus folgenden Gründen nicht möglich (dies kann die Ablehnung dieses Antrages zur Folge haben!).
(Bitte ausführlich auf einem Extrablatt begründen und geeignete Nachweise beifügen).

10. Bereits beantragte Verfahren

Folgende Verfahren habe ich bereits beantragt:

☐ **Einbürgerung**	Bei folgender Behörde:
Über den Antrag wurde entschieden	☐ negativ ☐ positiv ☐ nicht entschieden Datum der Entscheidung Aktenzeichen der Behörde
Ausländischer Flüchtling ☐ nein ☐ ja	nachgewiesen durch
Asylberechtigte/r ☐ nein ☐ ja	nachgewiesen durch

aktuelles Lichtbild:

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den

Unterschrift der Antragstellerin/ des Antragstellers

Ich/ Wir beantragen die Einbürgerung der im Antrag aufgeführten Kinder (Miteinbürgerung angekreuzt!), eigenes Lichtbild des Kindes/ der Kinder erforderlich.

Hinweis: Minderjährige ab dem 16. Lebensjahr müssen einen eigenen Antrag stellen!

Unterschrift aller gesetzlichen Vertreter (grundsätzlich beide Elternteile)

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den

Die vorstehende/n Unterschrift/en wurde vor mir vollzogen. Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.

Kreisverwaltung Ahrweiler
- Einbürgerungsbehörde -

Kreisverwaltung Ahrweiler, den _____ (Dienstsiegel)

(Unterschrift)

Loyalitätserklärung zum Einbürgerungsantrag

„Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

1. Insbesondere erkenne ich an:

a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz,

c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

e) die Unabhängigkeit der Gerichte,

f) den Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und

g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

h) dass eine Handlung, die antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgt, mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar ist und dem Bekenntnis entgegensteht.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden

d) eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlung zum Ziele haben.“

3. Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in obigem Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin.

4. Ich habe in der Vergangenheit keine derartigen Handlungen vorgenommen, die als der Einbürgerung entgegenstehende Bestrebungen im Sinne dieser Erklärung anzusehen sind.

5. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Ziffer 2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe."

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____

(Unterschrift)

Information
Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Loyalitätserklärung

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreterinnen und Vertreter ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret?
Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland. In diesem Begriff werden die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammengefasst. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- **Achtung der Menschenrechte**

Hierzu gehört das Recht jedes Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit, freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und Gleichbehandlung wie z.B. den Zugang zu Informationen, Bildung und Beruf, Recht auf freie Meinungsäußerung, Freiheit des Glaubens. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat hat die Grundrechte jeder und jedes Einzelnen zu schützen, auch gegen andere Menschen, Vereinigungen und Organisationen. Jede und Jeder hat auch das Recht sich gegen Beeinträchtigungen durch den Staat zu wehren.

- **Demokratie und Volksherrschaft**

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk bestimmt in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen Vertreterinnen und Vertreter in Europa, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der Ebene wahr für die sie gewählt wurden und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

- **Gewaltenteilung**

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlament), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

- **Rechtsstaatsprinzip**

Dieses Prinzip gewährleistet die Bindung der Parlamente an die verfassungsmäßige Ordnung und von Regierungen, Verwaltungen und Rechtsprechung an Gesetz und Recht.

Maßnahmen die in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen benötigen grundsätzlich eine gesetzliche Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt. Jeder Bürgerin und jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

- **Unabhängigkeit der Gerichte**

Die Gerichte sind unabhängig. Sie dürfen von Regierungen und Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind bei der Rechtsanwendung nur ihrem Gewissen verpflichtet. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf einen fairen Prozess.

- **Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien**

Wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Gründung, Bestand und Arbeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

- **Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition**

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition in ihrer Arbeit nicht behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen dabei noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch, dass

- Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen und auch nicht unterstützt oder verfolgt haben, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten,
- Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder eines seiner Bundesländer gerichtet sind,
- Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Bundes oder eines Landes nicht behindern werden und
- Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.

§ 42 StAG

Mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um sich für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Hiermit bestätige ich, dass ich über den Inhalt des § 42 StAG unterrichtet wurde. Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich bin zudem darauf hingewiesen worden, dass eine Einbürgerung zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für sie gewesen sind, erwirkt worden ist (§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz).

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____

(Unterschrift)

Allgemeine Erklärung zum Einbürgerungsantrag/
Einwilligung zur Einholung von Sozialdaten von Sozialleistungsträgern
nach § 67 b Sozialgesetzbuch X

Personenangaben:

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

1. Über die allgemeinen Voraussetzungen der Einbürgerung wurde ich unterrichtet.

2. Ich wurde darüber informiert, dass die Einbürgerungsbehörde für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Auskünfte von Ausländerbehörden, dem Bundeszentralregister, Polizei- und Justizbehörden, Verfassungsschutzbehörde und Meldebehörden einholt. Zur Einholung dieser Informationen ist die Einbürgerungsbehörde gesetzlich ermächtigt und auch verpflichtet.

3. Sofern zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Auskünfte der Arbeitsverwaltung, der Finanzverwaltung oder der Sozialbehörden zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen benötigt werden, sind wegen der besonderen gesetzlichen Regelungen vielfach gesonderte Einverständniserklärungen zur Auskunftserteilung erforderlich. Dies gilt auch in den Fällen, in denen im Zusammenhang mit der Feststellung der Staatsangehörigkeit oder der erforderlichen Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit meiner Auslandsvertretung aufgenommen werden muss.

4. Die im Antrag gemachten Angaben werden für die Entscheidung über meinen Antrag benötigt. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrages nicht möglich. Die personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatischen Datei bei der Einbürgerungsbehörde gespeichert. Diese Datei dient ausschließlich verwaltungsintern zur automatisierten Bearbeitung des Einbürgerungsantrages.

Ich erkläre mich hiermit mit allen erforderlichen Auskunftsersuchen einverstanden!

Die Informationen habe ich gelesen, inhaltlich verstanden und erkläre mich damit einverstanden. Mir wurde Gelegenheit gegeben, offene Fragen bei der Antragsabgabe zu klären.

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____

(Unterschrift)

5. Mir ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) Gebühren zu erheben sind. Diese fallen nach den einschlägigen bundesgesetzlichen Vorschriften auch im Falle der Rücknahme des Antrages oder dessen Ablehnung an.
   Die Gebühr für die Rücknahme oder Ablehnung des Einbürgerungsantrages bestimmt sich im Einzelfall und beträgt zwischen 25,00 € bis zur Höhe der beantragten Leistung.

   Die Gebühren belaufen sich derzeit auf

   - **255,00 Euro** für Einzeleinbürgerungen nach den §§ 8, 9, 10 StAG und
   - **51,00 Euro** für die Miteinbürgerung minderjähriger Kinder ohne eigene Einkünfte

6. Ich wurde über meine Pflichten belehrt gegenüber der Einbürgerungsbehörde gegen mich ergangene strafrechtliche Verurteilungen zu offenbaren, auch wenn sie nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen oder zu tilgen sind (§ 53 Abs. 1 und 2 Bundeszentralregistergesetz).

7. **Ich verpflichte mich, der Einbürgerungsbehörde <u>unverzüglich alle</u> für das Verfahren bedeutsamen Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse insbesondere jede**

   - Adressänderung,

   - Veränderungen des Familienstands
     (z.B. Trennung vom Ehegatten, Eheschließung, Scheidung, Geburt eines Kindes),

   - Wechsel des Arbeitsgebers, Verlust des Arbeitsplatzes

   - Bezug von Sozialhilfe oder Grundsicherung,

   - strafrechtliche Verurteilung, Einleitung eines Strafverfahrens

   - Veränderung einer aufenthaltsrechtlichen Erlaubnis

   mitzuteilen. Mir ist bekannt, dass ich nach § 37 Abs. 1 Satz 2 StAG i.V.m. § 80 Abs. 3 und § 82 AufenthG zur Mitwirkung verpflichtet bin und es mir obliegt, meine Belange und für mich günstige Umstände nachprüfbar und unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise unverzüglich beizubringen. Unterlagen, welche nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind immer Übersetzungen von einem staatlich anerkannten Übersetzer beizufügen. Alle Unterlagen sind im Original vorzulegen.

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____
(Unterschrift)

Die vorstehende Unterschrift wurde vor mir vollzogen. Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.

Kreisverwaltung Ahrweiler
- Einbürgerungsbehörde -

Kreisverwaltung Ahrweiler, den _____ (Dienstsiegel)

_____
(Unterschrift)